

Niederschrift

über die Sitzung des Sozialausschusses - öffentlich -

Datum: 14.11.2013

Ort: Beratungsraum 118 des Rathauses, Markt 1, 09111 Chemnitz

Zeit: 16:30 Uhr - 17:45 Uhr

Vorsitz: Herr Bürgermeister Philipp Rochold

Beschlussfähigkeit

Soll: 13 Stadträtinnen/Stadträte

Ist: 11 Stadträtinnen/Stadträte

Anwesenheit

Entschuldigt

Herr Horst Maier	sachkundiger Einwohner	Urlaub
Herr Wolfgang Meyer	Fraktion FDP	VS JBHC gGmbH
Frau Dr. Peggy Szymenderski	SPD-Fraktion	dienstlicher Termin
Herr Michael Walter	CDU-Ratsfraktion	berufliche Verpflichtung
Frau Julia Wunsch	sachkundige Einwohnerin	Weiterbildung

Verspätetes Erscheinen

Frau Susanne Schaper	Fraktion DIE LINKE	17:20 Uhr, TOP4.1, Dienst
----------------------	--------------------	---------------------------

Frühzeitiges Verlassen

Herr Wolfgang Lesch	Fraktion FDP	17:40 Uhr, TOP 5.2, VS PEC
---------------------	--------------	----------------------------

Stadtratsmitglieder

Frau Steffi Barthold	SPD-Fraktion
Frau Dr. Heidi Becherer	SPD-Fraktion
Frau Margitta Hochmuth	CDU-Ratsfraktion
Herr Benjamin Jahn	Ratsfraktion PRO CHEMNITZ
Herr Wolfgang Lesch	Fraktion FDP
Frau Christine Pastor	Fraktion DIE LINKE
Frau Ines Saborowski-Richter	CDU-Ratsfraktion
Herr Jan Schulze	Fraktion DIE LINKE
Frau Petra Zais	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

stellv. Ausschussmitglieder

Herr Joachim Höfler	CDU-Ratsfraktion	Vertretung für Herrn Michael Walter
Herr Klaus Möstl	SPD-Fraktion	Vertretung für Frau Dr. Peggy Szymenderski

Weiteres Stadtratsmitglied

Herr Andreas Wolf fraktionslos

sachkundige Einwohner

Herr Ralph Beckert
Herr Peter Borm
Frau Dietlind Voigt

beratend Teilnehmende

Frau Petra Liebetrau Behindertenbeauftragte

Bedienstete der Stadtverwaltung

Herr Dr. Liebhard Monzer Amtsleiter Amt 53
Herr Michael Seidel Referent Dezernat 5
Frau Cornelia Utech amt. Amtsleiterin Amt 50
Frau Dr. Nicola Wagner Sachgebietsleiterin SG 50.03

Schriftführerin

Frau Ingeburg Ludwig Sachbearbeiterin Abteilung 15.4

- 1 Eröffnung, Begrüßung sowie Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
-

Der **Ausschussvorsitzende, Herr Bürgermeister Rochold**, eröffnet die Sitzung und begrüßt alle Anwesenden. Er stellt die ordnungs- und fristgemäße Ladung zur Sitzung und die Beschlussfähigkeit fest.

- 2 Feststellung der Tagesordnung
-

Es liegen **keine** Anträge zur Änderung der Tagesordnung vor. Die Tagesordnung ist somit **festgestellt**.

- 3 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift der Sitzung des Sozialausschusses - öffentlich - vom 06.06.2013
-

Gegen die Niederschrift sind **keine** Einwendungen eingegangen. Sie gilt somit als **genehmigt**.

- 4 Beschlussvorlage an den Sozialausschuss
-

- 4.1 Förderung von Trägern der freien Wohlfahrtspflege - Haushaltsjahr 2014
Vorlage: B-208/2013 Einreicher: Dezernat 5/Amt 50
-

Die **Stadträtin Frau Barthold (SPD-Fraktion)** zeigt Befangenheit an und nimmt im Bereich für Zuhörer Platz.

Frau Dr. Wagner (Sachgebietsleiterin SG 50.03) führt in die Beschlussvorlage ein.

Herr Bürgermeister Rochold gibt die Ergebnisse der Vorberatung in den Beiräten bekannt.

Herr Stadtrat Schulz (Fraktion DIE LINKE) bittet um Auskunft, wie seitens der Verwaltung ab dem Jahr 2015 die steigenden Betriebskosten bzw. Personalkosten für langjährig tätige Mitarbeiter der freien Träger der Wohlfahrtspflege abgedeckt werden solle.

Herr Rochold macht dazu auf zwei Möglichkeiten aufmerksam, dass betreffe einerseits die Budgeterhöhung, die er allerdings aufgrund der bestehenden Haushaltslage für nicht machbar halte. Der andere Weg sei, dass mit dem vorhandenen Budget unter Umständen weniger Maßnahmen gefördert werden können. Das Dezernat 5 bekomme das Budget von der Kämmerei zugewiesen und könne somit die Steigerungen nicht abfedern. **Herr Schulz** schließt die Frage nach der Strategie der Verwaltung an. **Herr Rochold** sehe die Notwendigkeit natürlich auch, weil in allen Bereichen Kostensteigerungen zu verzeichnen seien, die berücksichtigt werden müssten.

Herrn Stadtrat Möstl (SPD-Fraktion) sei bekannt, dass sich eine Arbeitsgruppe im Amt 50 mit der Förderung der freien Träger der Wohlfahrtspflege in der Zukunft befasse und frage nach dem Zeitpunkt einer Information zu ersten Ergebnissen im Sozialausschuss. **Frau Dr. Wagner** teilt mit, dass der Arbeitskreis freie Wohlfahrtspflege regelmäßig aus den Facharbeitsgremien, die sich aufgabenbezogen gebildet haben, informiert werde. Die nächste Beratung sei für Januar 2014 vorgesehen. **Herrn Möstl** würden die konkreten Zahlen für die Jahre 2015/2016 und 2017 interessieren. **Frau Utech (amt. Amtsleiterin Amt 50)** erklärt, dass es sich um ein Antragsprozedere auf der Grundlage der Fachförderrichtlinie handle. Entsprechend dem EKKo-Beschluss stehen die Zahlen bis 2015 fest. Ab 2015 sei zu prüfen, ob entsprechend der Haushaltslage das Budget erhöht werden könne. Aus fachlicher Sicht sei dies dringend notwendig. **Herr Möstl** bittet ferner um Auskunft zu den Antragstellern für Dienste, die keine Förderung erhalten sollen und um Übergabe einer entsprechenden Übersicht an die Fraktionen. Dies sagt **Herr Rochold** zu.

Frau Stadträtin Zais (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) nimmt Bezug auf die Formulierung in der Anlage 2 Seite 4 der Beschlussvorlage, wonach weitere Modellvorhaben zum Zeitpunkt der Vorlagenerstellung nicht in Planung seien. Sie interessiert, ob es dazu möglicherweise Ko-Finanzierungen durch den Freistaat Sachsen gäbe. Sie würde begrüßen, wenn auch ein neuer Antragsteller die Chance hätte, eine Förderung zu erhalten und meint, dass dazu eine Information im Ausschuss dienlich wäre. **Frau Zais** hinterfragt, ob die Höhe der Förderung der Maßnahme M 26 noch gerechtfertigt ist, weil im Rahmen der Vorberatung zu EKKo I dazu bereits schon einmal die Debatte geführt wurde. **Herr Rochold** sagt, dass die Frage der Kostensteigerung bei gleichbleibendem Budget immer wieder neu zu stellen sei. **Frau Dr. Wagner** verdeutlicht, dass mit dem beschriebenen Modellvorhaben für Sehbehinderte und von Erblindung bedrohte Menschen ein Planungsstand zur Kenntnis gebracht wurde, der nach Fachförderrichtlinie unterjährig benutzbar sei. So könne im Jahr 2014 ein weiteres Modellprojekt gestartet werden, welches zum heutigen Zeitpunkt noch nicht bekannt sei. Das gegenwärtig bekannte Modellprojekt wird untersetzt. Die Fachförderrichtlinie erlaube dem Amt 50, sich an weiteren Modellprojekten für Senioren und Menschen mit Behinderung aus der Sicht der demografischen Entwicklung maßgeblich in den nächsten Jahren zu beteiligen. **Frau Dr. Wagner** informiert, dass immer zum Jahresende eine Auswertung der Maßnahmen erfolge und die Entwicklungen dargelegt werden. Die Stadt Chemnitz als Oberzentrum werde oft von Haftentlassenen genutzt, um sich hier anzusiedeln. **Frau Utech** erklärt, dass der Dienst unter der Maßnahme M 26 genau geprüft und dabei festgestellt wurde, dass der durch den Freistaat Sachsen im Rahmen der Möglichkeiten in der Justizvollzugsanstalt geleistete Sozialarbeit nicht ausreiche und die Nachfrage für Sozialarbeit weitaus höher sei. Die Prüfung der Ansiedlung dieser Beratungsstelle nach SGB XII vorzunehmen, habe ergeben, dass mit der Einzelfallhilfe die Kosten im Vergleich zu anderen Beratungsstellen steigen würden. Der Sachverhalt sei jedoch noch nicht abschließend bearbeitet.

Herr Stadtrat Jahn (Ratsfraktion PRO CHEMNITZ) sei bekannt, dass im Freistaat Sachsen und in der Justizvollzugsanstalt viel Personal abgebaut wurde und ihm deshalb der Dienst der Maßnahme M 26 sehr wichtig sei.

Herr Möstl sei verwundert, dass die Auswahl der Einrichtungen auf der Grundlage der Einwohnerdichte erfolge. Er meint, dass die Nutzung eines Angebotes die Grundlage der Entscheidung bilden sollte. **Frau Utech** informiert, dass gegenwärtig das Begegnungsstättenkonzept, unter Beachtung einer genauen Aufgliederung der SEKo-Gebiete, fortgeschrieben werde. Dabei spielen u. a. die Einwohnerdichte, Altersstruktur, die Arbeitslosen und Grundsicherungsempfänger eine Rolle.

Herr Beckert (sachkundiger Einwohner) informiert, dass sich die Träger der Dienste für die Behinderten- und Seniorenhilfe mit der Beschlussvorlage befasst haben. Ihnen und wie gleichgestellt auch den Trägern der freien Jugendhilfe sei daran gelegen, dass eine langfristige Möglichkeit zur Grundversorgung für diese Personengruppen gesichert werden könne.

Die **Stadträtin Frau Saborowski-Richter (CDU-Ratsfraktion)** nimmt Bezug auf die Nichtförderung des Vereins Chemnitzer Tafel e. V. und deren plausiblen Gründe dafür. Trotzdem konnte der Verein einen gewissen Pool an Rücklagen bilden, der einerseits aus Eigenanteilen und andererseits aus der relativ guten Spendenbereitschaft in Chemnitz für die Tafel entstanden seien. Sie möchte deshalb wissen, ob zweckgebundene Spenden in die Rücklage einfließen oder gegengerechnet werden. Ferner fragt sie nach der Möglichkeit des Wiedereinsatzes der Förderung des Vereins, wenn die Spendenbereitschaft zurückgehe oder andere Gründe dies erforderlich machen sollten. **Frau Utech** betont, dass zweckgebundene Spenden nicht angerechnet werden dürfen. Ein Nachweis über zweckgebundene Spenden konnte aber seitens des Vereins nicht erbracht werden. Die abgeforderte Prognose für die letzten Monate im Jahr 2013 wies einen Überschuss aus. **Herr Rochold** macht auf die festgeschriebenen Grundsätze der Chemnitzer Tafel aufmerksam, wonach sich die Tafel aus Spenden finanziere. Eine erneute Förderung müsse unter Beachtung der Einhaltung der festgeschriebenen Grundsätze und der entsprechenden Gegebenheiten neu geprüft werden.

Herr Stadtrat Höfler (CDU-Ratsfraktion) bezieht sich auf die Begründung der Maßnahme B 37 und fragt nach dem Verfahren, wenn die EFRE-Förderung ab 2015 nicht beginnt. Seiner Meinung nach könnte die Koordinierung mit den auf dem Sonnenberg gut arbeitenden freien Trägern durch das Amt 50 umgesetzt und dadurch Kosten gespart werden. **Frau Dr. Wagner** informiert, dass die EFRE-Förderung unter Beteiligung des Freistaates Sachsen 2012 beendet war. Für 2013 konnten Restmittel abgerufen werden. Den Intentionen der Stadtratsmitglieder folgend, sollte in drei Gebieten Gemeinwesenkoordination in Chemnitz durchgeführt werden. Deshalb soll die Maßnahme B 37, die ausschließlich mit EFRE-Mitteln gefördert wird, abgesichert werden. Außerdem sei aus dem Dezernat 6 bereits bekannt, dass der Strukturfonds ab 2015 wieder aufgelegt werden soll und damit eine 75 %ige Förderung zur Entlastung des städtischen Haushaltes akquiriert werden könne.

Die **Stadträtin Frau Dr. Becherer (SPD-Fraktion)** ist der Meinung, dass die Förderung über ERFE wieder notwendig sei, weil die neue Förderperiode beginne. Die Fördermittel seitens der EU-Kommission seien in dieser Woche erst bestätigt worden. Sie knüpft an die Aussage von Frau Utech an, wonach die Behinderten- und Seniorenhilfe derzeit fortgeschrieben werde. Sie fragt, wann im Sozialausschuss über die ersten Ergebnisse informiert und diskutiert werden könne. Den Vorschlag

des Herrn Beckert folgend, möchte sie ein langfristiges Förderkonzept für Menschen mit Behinderung und Senioren in bestimmten Zeitabständen und Arbeitsständen als Schwerpunkt für das Jahr 2014 im Sozialausschuss diskutieren. **Frau Utech** informiert, dass erste Ergebnisse aus der Arbeitsgruppe zur Fortschreibung des Begegnungsstättenkonzeptes im Sozialausschuss am 05.12.2013 vorgestellt werden könnten.

Frau Zais nimmt Bezug auf die von freien Trägern berechtigterweise gewollte Diskussion bezüglich der Kostensteigerungen in den nächsten Jahren. Ihr sei aber auch bekannt, dass es freie Träger gäbe, die seit über 10 Jahren keine Gehaltssteigerung an ihre Mitarbeiter ausgezahlt haben. Sie meint, dass das politische Anliegen nicht von der Verwaltung an den Sozialausschuss eingereicht werden könne, sondern dieses Anliegen vielmehr in den Stadtrat gehöre, um eine politische Entscheidung im Rahmen der Haushaltsdebatte herbeizuführen. Sie betont, dass auch freie Träger in anderen Bereichen, wie in der Jugendhilfe, diese Probleme haben. Demzufolge müsse sich der Stadtrat grundsätzlich dazu bekennen, wie er in den unterschiedlichen Bereichen mit bestimmten Entwicklungen in Chemnitz in den nächsten Jahren umgehen wolle. **Herr Rochold** sagt, dass eine politische Entscheidung im Sozialausschuss vorberaten und durch den Stadtrat entschieden werden müsse.

Frau Utech berichtet auf Nachfrage der **Frau Saborowski-Richter** über den Werdegang des Projektes Leimtopf des DRK Chemnitz und Umgebung e. V., das betreute Wohnen betreffend.

Beschluss B-208/2013

Der Sozialausschuss beschließt die Zuwendungen an freie Träger der Wohlfahrtspflege für soziale Dienste im Jahr 2014, auf der Grundlage der Fachförderrichtlinie Jugend, Soziales, Gesundheit – FRL-JSG, in einer Gesamthöhe von **1.869.216,00 €** und die Verteilung der Zuwendungen unter Vorbehalt des Erlasses der Haushaltssatzung 2014 gemäß Anlage 1 der Beschlussvorlage.

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(9 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme, 1 Stimmenthaltung)**

Ein stimmberechtigtes Mitglied des Sozialausschusses hat gemäß § 20 Sächs-GemO nicht an der Beratung und Entscheidung teilgenommen.

5 Verschiedenes

5.1 Mündliche Informationen der Verwaltung

Herr Dr. Monzer (Amtsleiter Amt 53) informiert über die Möglichkeit der Grippe-Schutz-Impfung im Gesundheitsamt.

Frau Liebetrau (Behindertenbeauftragte der Stadt Chemnitz) teilt mit, dass am 25.11.2013 das 2. Traumkonzert in der Stadthalle durchgeführt werde.

Herr Bürgermeister Rochold gibt auf Bitte der Frau Wunsch (sachkundige Einwohnerin), die an der heutigen Sitzung nicht teilnehmen könne, bekannt, dass der Behindertenbeirat am 03.12.2013 ab 15.30 Uhr im Beratungsraum 118 des Rathauses öffentlich zum Thema "Die CVAG im Blickpunkt der Chemnitzer Bürger und Bürgerinnen mit Handicap" tagt.

5.2 Fragen der Ausschussmitglieder

Herr Möstl (SPD-Fraktion-Fraktion) habe ein Schreiben der Frau Brewig-Lange erhalten, in dem sie die Gültigkeit der KdU-Richtlinie in Abrede stelle und deshalb interessiere ihn, wie die Verwaltung das Schreiben beurteile. **Herr Bürgermeister Rochold** erklärt, dass ein Widerspruch gegen eine Richtlinie nicht zulässig sei und das Schreiben derzeit bearbeitet werde.

Herr Stadtrat Höfler (CDU-Ratsfraktion) knüpft an die Ausführungen unter dem Tagesordnungspunkt 4.1 zur Offenlegung der Einkünfte des Vereins Chemnitzer Tafel e. V. gegenüber der Stadt Chemnitz, um Zuschüsse zu erhalten, an. Er bittet um Auskunft, weshalb die anerkannten Träger der freien Jugendhilfe dies nicht tun müssen. **Herr Rochold** teilt mit, dass an den Verein Chemnitzer Tafel e. V. nur Zuwendungen ausgereicht werden dürfen, sofern der Verein selbst keine Einnahmen erziele. Die Offenlegung der Einkünfte unterliege somit der Nachprüfbarkeit im Rahmen des Förderverfahrens.

Frau Stadträtin Zais (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) spricht die bekannten Beschwerden zum Vordereinstieg in Busse der CVAG an und meint, dass dies nicht nur ein Thema für den Behindertenbeirat darstelle. Deshalb fragt sie an, ob dieser Sachverhalt für die nächste Sitzung des Sozialausschusses thematisiert und dazu Frau Liebetrau in ihrer Eigenschaft als Behindertenbeauftragte der Stadt Chemnitz dazu berichten könne. **Herr Rochold** legt fest, dass Frau Liebetrau in der nächsten Sitzung des Sozialausschusses darüber berichtet, was im Behindertenbeirat dazu Gegenstand war.

- 6 Bestimmung von zwei Ausschussmitgliedern zur Unterzeichnung der Niederschrift der Sitzung des Sozialausschusses - öffentlich -
-

Zur Unterzeichnung der Niederschrift der öffentlichen Sitzung werden **Frau Stadträtin Saborowski-Richter (CDU-Ratsfraktion)** und **Frau Dr. Becherer (SPD-Fraktion-Fraktion)** bestimmt.

*

*

*

Herr Bürgermeister Rochold schließt die Sitzung.

02.12.13
Datum
gez. Rochold
Rochold
Vorsitzender
des Ausschusses

02.12.13
Datum
gez. Saborowski-Richter
Saborowski-Richter
Mitglied
des Ausschusses

02.12.13
Datum
gez. Dr. Becherer
Dr. Becherer
Mitglied
des Ausschusses

27.11.13
Datum
gez. Ludwig
Ludwig
Schriftführerin